

A N T R A G

Niederösterreichische Gemeinde Resolution

(formuliert nach der Resolution des NÖ Landtages vom 1. 07. 2010)

betreffend **Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im öffentlichen Beschaffungswesen**

Laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) arbeiten 126 Millionen Kinder weltweit unter ausbeuterischen Bedingungen.

Ausbeuterische Kinderarbeit wird im Sinne von Artikel 3 des durch die Republik Österreich ratifizierten Übereinkommens 182 der ILO verstanden, d.h. insbesondere

- alle Formen der Sklaverei oder alle sklavereiähnlichen Praktiken, wie der Verkauf von Kindern und der Kinderhandel, Schuldknechtschaft und Leibeigenschaft sowie Zwang oder Pflichtarbeit;
- Arbeit, die ihrer Natur nach oder aufgrund der Umstände, unter denen sie verrichtet wird, voraussichtlich für die Gesundheit, die Sicherheit oder die Sittlichkeit von Kindern schädlich ist.

In einer Vielzahl von Staaten ist ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der Konvention Nr. 182, Artikel 3, der ILO zwar verboten, jedoch wird das Verbot vielerorts missachtet und werden Kinder u.a. zur Produktion von international gehandelten Waren eingesetzt. Produkte aus Kinderarbeit sind beispielsweise Baumwolle, Fußbälle, Garnelen, Gold, Goldschmuck, Grabsteine, Kakao, Krabben, Natursteine, Orangen, Orangensaft, Schokolade, Seide, Shrimps, Spielzeug, Tabak, Teppiche, Textilien, Zigaretten und Zucker.

A n t r a g

Die Gemeinde wird daher aufgefordert:

1. im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen in der Gemeinde künftig nur Produkte zu berücksichtigen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO Konvention 182 hergestellt wurden. Die Gemeinde soll weiters dafür Sorge tragen, dass die Standards des fairen Handels und der Ökologie in gleicher Weise berücksichtigt werden. Der Nachweis ist durch den Auftragnehmer/Bieter in Form einer Zertifizierung einer unabhängigen Organisation oder in Form einer Selbstverpflichtungserklärung zu führen.
2. die Öffentlichkeit, ins besonders die VerbraucherInnen über die Problematik der ausbeuterischen Kinderarbeit zu informieren und diese aufzufordern, sich der Gemeinde- und Landesinitiative anzuschließen bzw. sich weiterhin gegen ausbeuterische Kinderarbeit zu engagieren.